sicherlich ihrer Delegation die richtige Form und die nötige Beschränkung geben.

Grüße bitte Willi Knothe, Paul Apel[22] und die anderen Frankfurter Genossen herzlich von mir und sei selbst gegrüßt von

Deinem

22 Paul *Apel* (geb. 1896) war von Beruf kaufmännischer Angestellter und von 1933 an der Leiter der größten Frankfurter Widerstandsgruppe der SPD. 1937 wurde er zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 gehörte er zum „Aktionsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Groß Frankfurt", vgl. B. Mausbach-Bromberger, S. 67, 87 und 204; Zwischen Römer und Revolution, S. 126.

5) 5./6. 10. 1945: „Programmatische Erklärungen" Schumachers auf den Konferenzen von Wennigsen und Hannover

Druckvorlage: Durchschlag e. maschinenschriftl. Redetextes (12 S.), AdsD: PV/Schumacher Q 5/I[1].

In Anbetracht der grundlegenden Veränderung der Verhältnisse, der neuen Probleme und der neuen Menschen könnte man ein Parteiprogramm verlangen. Das ist in Anbetracht der Tatsachen, daß wir weder die Produktionsverhältnisse noch die Produktivkräfte kennen, daß wir über Schicksal und Grenzen des Reiches und Umfang der Reparationen und über die politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Welt wenig oder nichts wissen, nicht zu verantworten. Wir müssen unser wissenschaftliches Handwerkszeug überholen und erst den konkreten soziologischen Standort ermitteln, von dem aus wir bindende Theorien entwickeln können. Heute hat keine Partei ein Programm, sondern nur Aufrufe und Deklarationen aller Art. Wer es ohne Programm nicht meint tun zu können, muß also von der Politik fernbleiben. Dem Volk kann man trotzdem eine politische Vorstellung von den Zielen der Sozialdemokratie beibringen. Der Sozialismus ist heute wie je ein in seinen Einzelheiten nicht voraussehbares Resultat, wie Karl Marx sagte: „Die Arbeiterklasse hat keine fix und fertigen Utopien durch Volksbeschluß einzuführen." Trotzdem wissen wir, unter welchen großen Gesichtspunkten wir zu arbeiten haben. *Wir Sozialdemokraten sind die Vertreter Deutschlands, für welche die Demokratie nicht der Ausdruck der Überlegenheit der angelsächsischen Waffen ist. Wenn wir Demokraten sind, dann sind wir uns nur selber treu geblieben.* Darum ist die Sozialdemokratische Partei als die Partei, deren Linie vor dem Richterstuhl der Geschichte die Prüfung bestanden hat auch vor allen anderen berechtigt, sich selbständig und unabhängig zu den Ereignissen zu äußern. Gerade weil wir mit dem obersten Kriegsziel der Vereinten Nationen, der Schaffung eines Deutschlands des Friedens, übereinstimmen, sagen wir auch eindeutig, wie wir uns den Weg zu diesem Ziel vorstellen.

Heute ist das deutsche Volk ohne Glauben an die Diktatur. Mit dem Zusammenbruch des Nazisystems hat die Idee jeder Diktatur in Deutschland bankrott gemacht. Aber gegen die Diktatur bedeutet noch nicht für die Demo-

1 Der Titel am Kopf dieses Durchschlags ist nicht ganz korrekt: „Rede Dr. Schumachers in Hannover am 5. 10. 45". Für eine fast identische erste Druckfassung der Rede — ebenfalls mit nicht ganz korrekter Zeit- und Ortsangabe — vgl. „Dr. Schumacher, Programmatische Erklärungen auf der Konferenz in Hannover am 5. 10. 1945. Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm" (Hannover 1945), S. 3—20. Zu einem, ebenfalls fast völlig übereinstimmenden hektogr. Redetext mit der korrekten Orts- und Zeitangabe vgl. Einleitung B 1, Anm. 83.

kratie. Man stelle sich einmal die Demokratie in Deutschland ohne die Besatzung vor. Wenn wir mit den dann entstehenden Schwierigkeiten auch fertig werden könnten, viele von denen, die sich heute Demokraten nennen, würden dann ein anderes Gesicht zeigen.

Der Kampf um die Demokratie war und ist der rote Faden in der deutschen Politik.

In diesem Kampf um die Demokratie war alles enthalten, was Deutschland hätte retten, seine Arbeitenden hätte zu Macht bringen und der Welt hätte furchtbare Opfer ersparen können. Er war nationaler Kampf, war Staatsgestaltung und war der eigentliche politische Ausdruck des Klassenkampfes. Die Imperialisten und Militaristen haben das besser erkannt als viele Arbeiter. Sie haben die Sorge nie verloren, daß die Demokratie das Ende ihrer sozialen und gesellschaftlichen Herrschaft bedeuten würde. Das war ihre klassenpolitische Stärke in der Epoche des Kampfes, aber auch ihr Unglück, als sie in diesem Kampf siegten. Sie haben gewußt, was sie taten, als die den Abhub der Krisen und des ersten Weltkrieges an die Macht brachten. Sie haben aber nicht die Konsequenzen erkannt, und damit bewiesen, daß der deutsche Großbesitz für alle Zukunft untauglich für die politische Herrschaft ist. Ein derartig hemmungsloses Insunglückrennen, ein derartiges Nichtüberblicken der Folgen ist ein Dokument der Torheit von geschichtlicher Einmaligkeit.

Wenn wir das Volk mit anderen Ideen erfüllen und die großen Pläne der Umgestaltung der Politik, der Wirtschaft und Kultur verwirklichen wollen, dann steht doch vor jedem zukünftigen Geschehen die Frage: *Wie soll das deutsche Volk über diesen Winter gebracht werden?*

Wir müssen alles daransetzen, die Menschen zu retten. Denn von Deutschland ist zur Zeit nicht viel mehr übrig als seine Menschen. Die Flut der Flüchtlinge aus dem Osten, aus Polen, aus der Tschechoslowakei und aus der russischen Besatzungszone übersteigt alles bisher Vorstellbare. Der Hungerwinter wird noch weitere Massen aus dem Osten in unsere Gebiete hineinspülen. Heute schon sehen wir Verhältnisse sich entwickeln, die an die der Konzentrationslager erinnern. Aber die Trägheit und Kälte vieler Herzen möchte das ignorieren. Die anonymen Antworten, die ein Aufruf eines hohen aus der Sozialdemokratie hervorgegangenen Regierungsfunktionärs in Hannover gefunden hat, zeigt die ganze Empfindungslosigkeit des Besitzbürgers gegenüber fremdem Elend. Solche Widerstände müssen gebrochen werden. Wir dürfen aus den Flüchtlingen und Ausgebombten nicht die Partei der vom Leben Ausgestoßenen werden lassen, denn alle Deutschen haben den Krieg verloren und nicht nur einzelne Kreise. Für uns gilt es, für das ungeschriebene sozialdemokratische Programm zu kämpfen: Hilfe für alle Schwachen und Elenden!

Darüber hinaus gilt es, alle Kräfte für die großen konstruktiven Aufgaben zu sammeln. Die Klasse der Industriearbeiter ist im eigentlichen Sinne die Hausmacht der SPD. Sie muß als ganze Klasse um die Idee der Demokratie gesammelt werden. Ohne die Arbeiter kann die Sozialdemokratie keinen Schritt tun. Entscheidende Erfolge freilich gibt es erst, wenn es von dieser Plattform aus gelingt, die mittelständischen Massen zu gewinnen. So war und ist es in allen Ländern, und daß in Deutschland der Großbesitz durch seinen Propagandaapparat den Mittelstand für sich engagieren konnte, ist das nationale Unglück geworden *Der demokratisch orientierte Mittelstand ist die Voraussetzung für die Stabilität der neuen Ordnung.*

Die übermäßige und grobklotzige Vereinfachung der Klassenkampfidee, die Formel Klasse gegen Klasse, geht in ihrer primitiven Undifferenziertheit an der wirklichen Kräftelagerung vorbei und ist im Effekt eine reaktionäre Parole. *Wir haben zu erkennen, daß die Linke in Deutschland die Theorie, aber die Rechte die Praxis des Klassenkampfes geschaffen hat.* Das macht manche Sozialisten jetzt irre am Wort Klassenkampf. Man hat sogar die Meinung hören können, daß der Klassenkampf eine Erscheinungsform des Frühkapitalismus sei[2]. Die Leute, die so sprechen, übersehen ganz, daß sie selbst Opfer des Klassenkampfes des Großbesitzes geworden sind. Wohl waren Nationalismus und Militarismus gewaltige Faktoren der Gegenrevolution des Nazismus. Aber von der klassenpolitischen Seite her, von dem Bündnis zwischen den imperialistischen Neufeudalen des Finanzkapitals und den militaristischen Altfeudalen des Großgrundbesitzes sind die Nazis in den Sattel gesetzt worden.

Der Klassenkampf war und ist die große gesellschaftliche Tatsache. Diese Tatsache ist unabhängig von unserer Anerkennung oder Negierung. Sie übersehen, würde heißen, auf Erkenntnis und Klarheit verzichten. Es ist unsere Geschichtsauffassung, die uns das Blickfeld für unsere Politik freimacht. Freilich wäre es die größte Gefahr für uns, wenn wir die Erkenntnisse früherer Perioden dogmatisieren und auf die heutige Lage übertragen würden. „Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf den Gehirnen der Lebenden" hat Marx gesagt, der diese Gefahren am treffendsten mit dem Wort charakterisiert hat: „Moi, je ne suis pas Marxiste"[3]. Die zeitliche Beschränktheit der Gültigkeit irgendwelcher Erkenntnisse zwingt uns in einer veränderten Welt zu neuen Untersuchungen und Fixierungen. Es gibt auch Illusionen im Negativen. Die Tatsache, daß heute viele großkapita-

2 Vgl. dazu auch Schumachers Kritik an Kurt Bley, Dok. I, 7, b.

3 Durch Engels ist ein fast gleichlautender Satz von Marx überliefert worden, den dieser gegen sog. französische „Marxisten", die alles nur aus den materiellen Daseinsbedingungen erklären wollten, gebraucht habe: „Tout ce que je sais, c'est que je ne suis pas Marxiste", Engels an Conrad Schmidt am 5. 8. 1890, MEW, Bd. 37, S. 436.

listische Hintermänner des Nazismus gefangengesetzt werden, bedeutet noch nicht, daß das kapitalistische System abgeschafft ist. Bis in unsere Reihen hinein kann man Stimmen hören, daß der Klassenkampf aus Mangel an eigentlichen Klassengegnern gegnstandslos geworden sei.

Nun müssen sich zwar die klassenpolitischen Auseinandersetzungen in solchen Zeiten von zerstörenden Methoden fernhalten und den ganzen Nachdruck auf die Veränderung der Wirtschaft und der Gesellschaft legen und noch stärker als sonst berücksichtigen, daß die Klassen variable und fluktuierende Grenzen haben, in sich aufgespalten sind und von differenzierenden Interessen der einzelnen Teile beherrscht werden. Starke Bestandteile der alten besitzenden Klassen sind aber noch vorhanden und neue bilden sich heraus. An ihnen werden sich unsere Erkenntnisse und unsere Politik auszurichten haben. Wir müssen nur von vornherein wissen, daß man nicht mit denselben Regeln einzelne Phasen der Entwicklung in den verschiedenen Ländern umspannen kann. Die Übertragung der Lehren aus den Verhältnissen des einen Landes auf die Gegebenheiten anderer Länder haben schon Verwirrung und Unheil genug in der Welt gebracht.

Als äußere Klassengrenze, nach der sich unsere Politik zu richten hat, wird jetzt nicht schlechthin die Tatsache des Eigentums an Produktionsmitteln erkennbar, sondern der Umfang, die Intensität und die Anwendung der Eigentumsrechte. Das Unterscheidungsmerkmal ist die Frage, ob das Eigentum im Sinne der kapitalistischen Ausbeutung angewendet wird oder nicht. *Der kleine Eigentümer gehört nicht zu den Besitzverteidigern, sondern an die Seite der Besitzlosen.*

Politische Erkenntnisse sind gewiß stark an die Interessen gebunden. Aufsteigende Klassen überwinden diesen Zustand dadurch, daß ihre Klassenziele mit den Notwendigkeiten der Nation und den Idealen der Menschheit übereinstimmen.

Ihre besondere deutsche Färbung bekommt diese Auffassung dadurch, daß die Lebensnotwendigkeiten einer Politik der Demokratie und des Friedens nicht anders als von diesem Klassenstandpunkt aus geführt werden können. Solange in Deutschland große Vermögen in der Hand unverantwortlicher Privater entstehen können, werden sie immer wieder versuchen, ihre wirtschaftliche Macht in politischen Einfluß umzusetzen. Die Tradition der Länder der „alten Demokratie", die fundamentale Erkenntnis, daß die Demokratie das große Spiel auf dem Boden der Gegenseitigkeit und der gleichen Chance ist, fehlt eben in Deutschland. Diese Lehre ist wohl denjenigen beizubringen, die Demokraten sein wollen, aber nicht denjenigen, die Demokraten sein müssen. Keine Klasse springt aus ihren Interessen und Traditionen heraus. Sie kann nur von den entgegenstehenden Faktoren geändert oder aufgehoben werden.

Gewiß ist heute die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes anti-

kapitalistisch. Aber das bedeutet noch keine Bejahung des Sozialismus oder auch nur die Erkenntnis der *Notwendigkeiten einer planmäßig gelenkten Wirtschaft.* Wir können noch nicht voll überblicken, welche Veränderungen in der Denkweise aus dem ungeheuren Umschichtungsprozeß entstehen, ob sie im Sinne der Entwicklung revolutionär oder gegenrevolutionär sein werden. Aber wie die Stimmungen auch sein mögen, die planmäßige Lenkung der Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit, die sorgfältig abgestufte Reihenfolge in der Produktionsbelebung und -versorgung, das Zurückdrängen der aus dem Privateigentum erwachsenen Ansprüche, der Vorrang der allgemeinen Interessen, das alles wird heute grundsätzlich fast überall anerkannt. Es gibt zur Zeit noch keine bürgerliche Gruppierung in Deutschland, die sich für die ungehinderte Auswertung des Privateigentums und die uneingeschränkte Tätigkeit der Unternehmerpersönlichkeit einsetzt. Man weiß heute, daß nicht nur der untätige Ausbeuter, sondern auch der funktionierende Kapitalist eine überholte Erscheinung ist. Die einzige Partei, die sich in ihrem Aufruf uneingeschränkt für diese kapitalistischen Faktoren einsetzt, ist die Kommunistische Partei. Aber der Antikapitalismus vieler Deutschen ist nicht sozialistisch und fortschrittlich. Ihre Wünsche und Sehnsüchte sind nach der Vergangenheit ausgerichtet. Einige möchten sogar vorkapitalistische Verhältnisse der Produktion. Die meisten wünschen vom neuen Deutschland nur ihre Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand, möchten das Verlorene wiederhaben. Wenn das Unmögliche nicht erfüllt wird, sind sie bereit, wieder die Hilfstruppe für jede destruktive Tendenz abzugeben.

Nach manchen Stimmen aus den Siegerländern soll Deutschland zu einer fast *völligen Agrarisierung* gedrängt werden. Aber dieser Geist des Morgenthau-Planes verkennt, daß Deutschland auch in seinen besten Zeiten keine ausreichende landwirtschaftliche Grundlage gehabt hat. Jetzt, wo die großen landwirtschaftlichen Überschußgebiete des Ostens zum Teil abgetreten, zum Teil produktionsunfähig gemacht worden sind, und wo ein vernichtender Mangel an landwirtschaftlichen Hilfsmitteln, an Maschinen, Geräten, Vieh usw. eingetreten ist, drängt die Bevölkerung in die überwiegend industriellen Zonen des Westens. Diese können nicht einmal ihre eigene Bevölkerung, geschweige denn die Millionen von Flüchtlingen ernähren.

Die Wirkung der Agrarisierung wäre die einer ökonomischen Atombombe. Die Ausschaltung des deutschen industriellen Sektors schädigt aber die Länder Westeuropas. Wenn ein solches industrielles Kraftzentrum wie das Ruhrgebiet stilliegt, dann trägt nicht nur Deutschland an den Folgen. Mit solchen Mitteln der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials kann Europa nicht wieder aufgebaut werden. Wir halten uns an das Wort des

englischen Außenministers Bevin[4]: „Während wir dafür sorgen müssen, daß Deutschland nicht wieder sein Kriegspotential entwickelt, können wir nicht ein Volk von 60 Millionen Seelen verarmen lassen." Das Verarmen würden wir ertragen und mit der Zeit überwinden. Wir wehren uns dagegen, daß unser Volk nicht verhungert und seine Zukunft aussichtslos wird. Der Zwang zur Steigerung der Produktion und zur Unterbringung der Menschen und zur Tragung der allgemeinen Lasten sprengt die bestehende Agrarverfassung. Deutschland muß stärker als bisher ein Bauernland werden und kann die bisherige Verteilung des Grundeigentums nicht ertragen. Die *radikale Bodenreform* ist notwendig. Freilich darf sie nicht auf dem Papier stehenbleiben oder bei tatsächlicher Vertreibung der früheren Eigentümer aus Mangel an Maschinen und Hilfsmitteln eine ökonomische Schwächung gegenüber dem bisherigen Zustand werden. Die Unbelehrbaren auf dem Lande pochen vergeblich auf ihre angebliche Unentbehrlichkeit. Es gibt heute nicht nur eine industrielle, sondern auch eine agrarische Reservearmee aus den Arbeitslosen der Städte und den Flüchtlingen aus dem Osten.

Da zeigt sich schon, daß der bedeutendste Faktor in der Landwirtschaft die Industrie ist. Ohne eine ausreichende Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten sind nicht einmal die bisherigen Ergebnisse der Landwirtschaft und die Einbringung der Ernte möglich. Die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen wird jetzt durch die Entblößung des Produktionsapparates unmöglich gemacht, und daraus ergibt sich der Zustand, daß die Forderung auf Agrarisierung nicht die Umlagerung, sondern die Vernichtung der Kräfte ist.

Aber auch *von der Industrieseite* her ist es unmöglich, daß Deutschland aufhört, ein Industrieland zu sein. Eine unvorstellbar große Anzahl Deutscher wäre dann zum Untergang bestimmt. Wir können nicht auf die Maschinen verzichten, die die maschinelle und technische Ausrüstung erzeugen. Wir brauchen die Hilfsmittel für Instandsetzung und Erhaltung der Transportmittel, andere Erzeugnisse wieder sind Voraussetzung des täglichen Lebens schlechthin, und schließlich brauchen wir die Industrieerzeugnisse als Zahlungsmittel für die industriellen Rohstoffe, für die Einfuhr sowohl des Getreides wie der Hilfsmittel zur Umorganisierung der Landwirtschaft und für die Verbindlichkeiten, die sich aus dem internationalen Wirtschaftsleben ergeben.

Dieses Kapitel ist unlöslich mit den *Reparationen* verknüpft. Niemand bestreitet, daß ein von der deutschen Nation unter Naziführung angerichteter Schaden von den Deutschen auch wieder gutgemacht werden muß. Aber auch die

4 Ernest *Bevin* (1881—1951), der frühere Generalsekretär der britischen Transportarbeitergewerkschaft war von 1940—45 Arbeitsminister und von 1945 bis 1951 Außenminister.

radikalste Reparationspolitik muß uns die Grundlagen des Lebens lassen. Auch ist es notwendig, daß wir wissen, was wir an Reparationen zu leisten haben. Eine unfixierte Schuld macht jegliche planende Wirtschaft unmöglich und liegt wie ein Alpdruck auf den kommenden Geschlechtern.

Die Deutschen müssen wissen, daß ihre Leistungen durch internationale Begrenzung nicht im subjektiven Ermessen des einzelnen Siegerlandes stehen. Menschlich und politisch wichtig ist auch die Rolle der deutschen Arbeitskraft und ihrer Verwertung in den Siegerländern. Eigentlich sollten die Nazis den durch ihre Politik und Kriegsführung angerichteten Schaden durch ihre Arbeitskraft wieder ausgleichen. Mangel an Facharbeitern im Ausland und an Maschinen in Deutschland kann dazu führen, daß viele deutsche Arbeiter ihren Maschinen folgen müssen, trotzdem sie ihnen nicht folgen wollen. In diesem bitteren Falle ist die internationale Kontrolle der Daseinsbedingungen der deutschen Arbeiter am Orte ihrer Tätigkeit notwendig.

Das alles hat seine sozialen und politischen Konsequenzen innerhalb Deutschlands. *Der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet die Verarmung und die Minderung des politischen Einflusses.* Eine Klasse oder Partei, die zum größeren Teil aus Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützten besteht, kann ausreichende politische Macht weder erringen noch behaupten. Dieselben Arbeiter aber haben bis 1933 am schärften gegen das Aufkommen des Nazismus gekämpft und haben nachher durch ihre illegale Tätigkeit die weitaus größte Zahl der Opfer gestellt. Sie zahlen jetzt über ihren selbstverständlichen Anteil an der allgemeinen Belastung hinaus mit persönlichen und politischen Sonderopfern. Je geringer die Möglichkeiten der industriellen Produktion, desto geringer wird auch der Anteil der Arbeitenden am Sozialprodukt. Die alle bisher gekannten Maße übersteigende *industrielle Reservearmee* übt einen solchen Druck auf die Löhne aus, daß sie unter die üblichen und notwendigen Erhaltungskosten der Arbeitskraft sinken. Wirtschaft aber ist nicht nur Ökonomie der Güter, sondern auch Menschenökonomie. Daraus ergibt sich die sachliche und menschliche Notwendigkeit der Sozialpolitik, die unter solchen Verhältnissen auf das schwerste bedroht ist.

Auf der anderen Seite steigt die *Grundrente der Immobilienbesitzer.* Mit diesem Steigen wächst auch die politische Macht ihrer Nutznießer. Es ist die Macht von Leuten, ohne deren Anteilnahme die Hitlerbewegung nie ans Ziel gelangt wäre, die es sich im Dritten Reich wohlergehen ließen, und die am ganzen Krieg nur das eine störte, daß er schließlich verloren ging.

Wenn das Dritte Reich auch von den Waffen der Alliierten und nicht von der revolutionären Linken über den Haufen geworfen wurde, so lebt doch in der ganzen Entwicklung die Kraft der sozialen Revolution und sucht nach ihren entsprechenden Ausdrücken in der Gestaltung der Wirtschaft und Politik. Das Tempo dieser Entwicklung wächst durch den aufreizenden Umstand, daß das Gros der Immobilienbesitzer von den Lebensmittelprodu-

zenten und ihrem Schieberanhang gestellt wird, die durch tauschwirtschaftliche Handhabung ihres Warenbesitzes völlig außerhalb der furchtbaren Folgen des Naziregimes und seiner Katastrophe leben. So zerschlagen und müde ist kein Volk, um sich durch diese Verhältnisse nicht aufreizen und entflammen zu lassen. *Die grundlegende Änderung der sozialen Struktur ist die unerläßliche Voraussetzung für Leben und Entwicklung Deutschlands.*

Jetzt gilt es, diese Kräfte in geordneten Formationen auf legalen Bahnen zu halten und *diese Bestrebungen auf der Linie der geschichtlichen und ökonomischen Notwendigkeit zum Sozialismus zu führen.* Die Immobilienbesitzer leben zum größten Teil noch in einer Welt von Fiktionen. Sie glauben, im sicheren Eigentum zu sitzen und nur soviel abgeben zu müssen, als sie abgeben wollen. Tatsächlich aber ist die Entscheidung schon längst gefallen. Ohne die *gerechte Verteilung der Lasten* auf die Schultern aller können weder Deutschland noch Stücke von Deutschland leben. Wir sind nicht mehr reich genug, um erhebliche Teile des Volkseinkommens als Grundrente oder als kapitalistische Profitrate für die Zwecke persönlichen Wohlergehens abzweigen zu können. Vor dem Kriege war die deutsche Wirtschaft wirtschaftlich, technisch und organisatorisch für die *Sozialisierung* am meisten von allen Wirtschaftskörpern der Welt geeignet. In einer Zeit, als dieses zu einer Blüte der deutschen Wirtschaft und einer unvergleichlichen sozialen und kulturellen Hebung der breiten Masse hätte führen können, waren es die politischen Mittel in der Hand des großen Besitzes, die diese Möglichkeiten zerstört hatten. Weil die Deutschen im Wohlergehen nicht Sozialisten werden wollten, werden sie jetzt aus Armut Sozialisten werden müssen.

Mit gutem Gewissen wird sich niemand gegen die Sozialisierung der wichtigsten Zweige unserer Wirtschaft sträuben können. Dazu gehören das gesamte Bank- und Kreditwesen, einschließlich der Versicherungen, die ganze Bergwerkindustrie, Kohle, Eisen, Stahl und alle Arten von Metall, von der Verarbeitungsindustrie die Zweige und die Betriebe, die durch Monopolisierung, Vertrustung und Kartellierung, und alle Unternehmungen, die durch ihre Größe oder den Umfang der akkumulierten Kapitalien sich geradezu selbst anbieten.

Das gesamte Steuerwesen drängt nach Umformung und Vereinfachung. Neue Finanzquellen müssen durch Staatsmonopole, z. B. des Tabaks, und ähnliche Maßnahmen erschlossen werden. Für die neue Wirtschafts- und Finanzgestaltung ist *die Last der Reichsschulden unerträglich.* Bei einer Bürde von mehr als 400 Milliarden Mark würde die Verzinsung allein mehr als das Doppelte von dem betragen, was durchschnittlich der gesamte Reichsetat in den Jahren der Republik ausgemacht hat. Daß diese Zinsenlast nicht getragen werden kann, daß hier die rigorose Zusammenlegung, wenn nicht gar noch weitergehende Maßnahmen bei den wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverständigen zur Debatte steht, ist selbstverständlich.

Unlöslich mit dem Problem der Verschuldung ist die Frage nach der

Währung verbunden. Ob sie vom Ausland oder Inland her zu beantworten ist, bestimmen wir nicht. Soll die Antwort von innen kommen, dann wissen wir auch noch nicht, ob die Aufgabe von der Seite der Deckung oder der Seite der Überwindung der Zirkulationsstörungen vorzunehmen ist. Notwendig ist in jedem Fall die Zurückhaltung in der Geldschöpfung, wenn wir nicht in das letzte Stadium einer echten Inflation stürzen wollen, bei der die Schwarzhandelspreise die Stunde regieren. Eine solche Entwicklung wäre nur ein Vorteil für Spekulanten und Schieber und würde neue und dann unbeschreibliche Schwierigkeiten bringen.

Daß angesichts solcher Verhältnisse manche Kreise an der Peripherie des Reiches Gelegenheit suchen, das Land im Stich zu lassen, liegt auf der Hand. Mit der einzigen Ausnahme in Südschleswig[5], wo sich auch Sozialdemokraten zu einer Politik des nationalen Verrats um der Illusion wirtschaftlicher Vorteile hergaben, sind es wie nach 1918 nur schwarz-weiß-rote und stramme Besitzbürger. Die Änderung der Regierung in Bayern[6] und die Vorgänge am Rhein, wie der Zusammenbruch der separatistischen Bestrebungen in Hannover kennzeichnen deutlich die Lage, aber auch die Mittel zu ihrer Überwindung. Für den *Bestand des Reiches* ist die Art der *Aufgliederung seines Raumes* von entscheidender Bedeutung. Großländer in Zonenumfang würden für die Zukunft reichsgefährdend wirken[7], und aus dem Geist der kümmerlichen Kleinstaaterei entstehen dieselben Gefahren. Die Teilung in der amerikanischen Zone weist einen vernünftigeren Weg. Wir hätten hier in Niedersachsen schon vorher aus deutscher und demokratischer Initiative unter sozialdemokratischer Führung dasselbe haben können, wenn mehr Einsicht in die Notwendigkeiten großer geschichtlicher Entwicklung bei manchen Beteiligten sich gezeigt hätten[8].

Die deutschen Kräfte der Separation würden für den Bestand des Reiches nicht gefährlich werden können. Viel bedrohlicher ist der Umstand der Teilung der Welt, Europas und Deutschlands in politische und ökonomische Einflußsphären. *Die größten Schwierigkeiten liegen in dem Fehlen eines einheitlichen Generalnenners in der Politik der Vereinten Nationen gegenüber Deutschland.* Die

5 Zu den Vorgängen in Südschleswig vgl. Dok. II, 3, a. u. d.

6 Ende September 1945 hatte die amerikanische Militärregierung den bisherigen Ministerpräsidenten, den früheren BVP-Vorsitzenden Fritz Schäffer abgesetzt und Wilhelm Hoegner (SPD) zum neuen Ministerpräsidenten ernannt, vgl. P. Kritzer, Wilhelm Hoegner, S. 176 f.

7 Zu den Bedenken Schumachers gegen die Konstituierung der Besatzungszonen als Länder vgl. Dok. I, 8, d.

8 Für die Bemühungen von Kopf und Schumacher um die Schaffung eines Landes Niedersachsen im Sommer 1945 vgl. Dok. I, 2, c.

Potsdamer Deklaration schafft diese Gefahren nicht aus der Welt. Wenn die Einrichtung gewisser zentraler wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischer Stellen kommen sollte, so wären das sehr wichtige Tatsachen, aber nicht solche, die das Wesen der Reichseinheit ausmachen und garantieren. Das gesamte deutsche Geschehen ist in ein von uns nicht voll übersehbares Kräftefeld internationaler Politik und Wirtschaft eingelagert. Alles, was sich im Großen in der Welt und im kleineren Maßstab in Europa abspielt, spiegelt sich noch einmal in Deutschland wider. Wir wissen, daß Deutschland nicht der Nabel der Welt ist, aber wir wissen auch, daß es jetzt die empfindlichste und kränkste Stelle ist, und daß von hier aus Fäulnis und Vergiftung entstehen können.

Die Tendenzen der Hegemonie sind es, die zu einer Politik der Einflußsphären führen und die Deutschland zerstören können. Mit den Grenzziehungen, die sich im Osten abzeichnen, und mit Plänen, wie man sie gelegentlich aus dem Westen hört, kann Deutschland nicht neu erbaut werden. Es ist unmöglich, große Friedenspolitik als bloßes Anhängsel der militärischen Landesverteidigung zu machen. Kein Deutscher und erst recht kein Sozialdemokrat kann sich mit Projekten abfinden, nach denen die Rheinlande und das Ruhrgebiet auch staatsrechtlich dem Reich entzogen und internationalisiert werden würden. Gewiß ist z. B. eine internationale Wirtschaftskontrolle des Ruhrgebiets möglich, besonders, wenn auf dieser Grundlage eine international und sozial ausgleichende Politik getrieben würde. Aber politisch und national müßte ein so konstruiertes Ruhrgebiet ein selbstverständlicher Bestandteil des Deutschen Reiches sein. Die radikalen antideutschen Pläne würden sich nur als antieuropäische Tatsachen auswirken. Das prophetische Wort von Benjamin Constant aus dem Jahre 1813 hat noch seine Gültigkeit: „Es ist ein großes Unglück, wenn die Männer, die das Schicksal der Erde bestimmen, sich über das täuschen, was möglich ist."

Die Sozialdemokratische Partei hat das größte Interesse an der friedlichen Zusammenarbeit der großen Siegermächte. Sie kann sich darum nur bekennen zu einer *Politik des Ausgleichs und des Gleichgewichtes.* Sie weiß, daß für die lebensnotwendige europäische Wirtschaftseinheit die Bildung entsprechender politischer Formen ebenso notwendig für Deutschland wie für die Welt ist. Wie Montesquieu einmal sagte: „Europa ist nur eine Nation, die sich aus mehreren zusammensetzt". Sie hat immer auf diesem Boden gestanden, und sie würde sich nie dazu hergeben, im innerdeutschen Rahmen, ein wenn auch indirektes Instrument einer Politik der Gleichgewichtsstörung zu sein. Aber eine Gleichgewichtsordnung wird nie funktionieren, wenn nicht *Deutschland als Ganzes* in diese Ordnung eingebaut ist. Wir Sozialdemokraten sind von tiefer Besorgnis erfüllt, wenn wir sehen, daß die Politik der Einflußzonen ihre Rückwirkung auf das innerdeutsche Leben zeitigt. Das Falsche, das in solchen Situationen geschieht, wird zwar, vom Standpunkt der Geschichte aus gesehen, von der Entwicklung recht schnell korrigiert. Für die Opfer aber ist eine geschichtlich kurze Zeit oft eine Ewigkeit, ein unendlich langer und qualvoller Prozeß. Ein echter Frieden kann nur durch die Verwirklichung der Ideale leben, für die der Krieg geführt worden ist.

Bei einer Auseinandersetzung, die uns durch das Verhalten einer Partei aufgezwungen wird, können wir nicht zurückweichen, wenn diese von uns nicht gesuchte Frontstellung die zwangsläufige Aufdeckung der außenpolitischen Abhängigkeit dieser Partei bedeutet. Im Grundsatz bekennen wir uns zur *Einheitspartei aller Schaffenden.* Aber wir sehen auch, daß nirgends sonst in der Welt sich dieser Gedanke durchgesetzt hat, sich unter den gegebenen Voraussetzungen dieser historischen Epoche auch nicht durchsetzen kann. Das hat bei uns wie in anderen Ländern seinen Grund darin, daß die Kommunistische Partei sich nicht nach den Bedürfnissen und Erkenntnissen der Arbeitenden ihres Landes richtet.

Wir deutschen Sozialdemokraten sind nicht britisch und nicht russisch, nicht amerikanisch und nicht französisch. Wir sind die Vertreter des deutschen arbeitenden Volkes und damit der deutschen Nation. Wir sind als bewußte Internationalisten bestrebt, mit allen internationalen Faktoren im Sinne des Friedens, des Ausgleichs und der Ordnung zusammenzuarbeiten. Aber wir wollen uns nicht von einem Faktor ausnützen lassen.

Im Sinne der deutschen Politik ist die *Kommunistische Partei überflüssig.* Ihr Lehrgebäude ist zertrümmert, ihre Linie durch die Geschichte widerlegt. Nachdem ihre Hoffnung, sich als führende Arbeiterpartei etablieren und zur einzigen Arbeiterpartei entwickeln zu können, von den Tatsachen so völlig unmöglich gemacht wird, muß sie nach dem großen Blutspender suchen. Das Rezept ist die *Einheitspartei,* die einen *Versuch* darstellt, *der Sozialdemokratischen Partei eine kommunistische Führung aufzuzwingen.* Eine sozialdemokratische Partei unter kommunistischer Führung wäre aber eine kommunistische Partei. International wäre jeder Schritt auf diesem Wege eine außenpolitische Parteinahme und würde eine Gleichgewichtsstörung von deutscher Seite bedeuten.

Daß die Kommunisten ihre Einheitspropaganda zur Realisierung eines Führungsanspruches betreiben, zeigt der Versuch, die älteren sozialdemokratischen Führer zu diffamieren[9]. Mit Severing und Noske fängt so etwas an und würde bei den sozialdemokratischen Genossen enden, die sich in dieses gefährliche Spiel eingelassen hätten. Erstaunlich ist nur die Tatsache, daß die Kommunisten offenbar gar nicht daran gedacht haben, wie sehr diese diktatorischen Dispositionen, auch wenn sie nur als Bedingung für die Zusammenarbeit gedacht sein sollten, auf die Sozialdemokratie wirken müssen. Würden diese Diskussionen fortgesetzt dann wäre die selbstverständliche Antwort der Sozialdemokraten darauf die Untersuchung der politischen

9 Zu den Angriffen gegen Severing und Noske vgl. a. Dok. I, 7, c.

Rolle, welche die einzelnen kommunistischen Führer zwischen dem VI. und dem VII. Weltkongreß und in der Politik der III. Internationale in den Jahren 1939 bis 1941 gespielt haben[10]. Das hätte sachlich seinen Grund darin, daß die Kommunisten ganz öffentlich versuchen, die Schuld eines Teils der deutschen Arbeiterklasse am Nazismus auf die Sozialdemokratie zu überwälzen.

Wir würden im Interesse der Zusammenarbeit eine Auseinandersetzung darüber nicht vom Zaun gebrochen haben. Geschichte ist Geschehenes und hat gerade heute für den Politiker nur den Zweck, daraus zu lernen. Durch die Angriffe des 1. Vorsitzenden der Kommunistischen Partei aber wird die Vergangenheit aktualisiert[11]. Darum müssen wir feststellen, daß schon mit Beginn der deutschen Republik der Kampf der Kommunisten gegen diese Republik eingesetzt hat. Damit ist auch die verlogene Bemerkung Dimitroffs[12] inhaltslos, daß die Kommunisten nicht gegen die Republik von Weimar gekämpft hätten, weil sie eine Republik, sondern weil sie eine bürgerliche Republik gewesen sei. Zu dem Zeitpunkt, in dem der Kampf der Kommunisten gegen Republik und Demokratie einsetzte, war die Struktur dieses Staatswesens noch völlig ungeklärt und ein bürgerlicher Einfluß nicht festzustellen. Als es sich als objektiv unmöglich erwies, 1918 die Alleinherrschaft der Arbeiterklasse auszurufen, störten die Kommunisten den politischen Ausdruck des Gleichgewichts der Klassenkräfte durch immer neue Attacken gegen die Sozialdemokratie. Diese Angriffe verlagerten das Schwergewicht auf die bürgerliche Seite und im maßgebenden Blatt der deutschen Schwerindustrie konnte man die erfreute Feststellung von den „Kommunisten als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie" lesen. Die Tatsache, daß die Kommunisten die taktische Frage der Koalition zum Range einer Prinzipienfrage erhoben, führte dazu, jeden, der nicht durch Abstinenzpolitik freiwillig das Feld den Parteien des Besitzes und des Faschismus überließ, zum Klassenverräter zu stempeln. Auf dem VI. Weltkongreß, dessen Ergebnisse einer erstaunten Mitwelt als „Kommunistisches Manifest des 20. Jahrhunderts" verkündet wurde, und den drauffolgenden Ekki-Tagungen wurde die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärt[13], als Sozialfaschismus bezeichnet und behauptet, daß eine objektiv revolutionäre Situation in Deutschland erst entstehen würde, wenn der Faschismus ans Ruder gelangt sei. Dementsprechend war die Kommunistische Partei in Theorie und Praxis die Todfeindin der Demokratie und des parlamentarischen Systems. Ohne sie wäre die Arbeitsunfähigkeit der Parlamente nicht eingetreten, ohne sie hätte es im Reichstag nicht Mehrheiten gegen alles und für nichts gegeben, ohne sie hätten wir nicht die ermattenden Perioden der Tolerierung durchleben müssen, ohne sie hätte die Frage der legalen Machtergreifung des Nazismus nie auch nur zur Diskussion gestanden. Sie hätte nur einen Bruchteil dessen, was sie jetzt als demokratisches Programm unter das Volk streut, damals zu realisieren brauchen, und die deutsche Arbeiterklasse wäre heute die glücklichste Arbeiterklasse der Welt. *Nicht die Demokratie ist vor 1933 am Unheil Schuld gewesen, sondern die Schwächlichkeit mancher Demokraten, vor allem aber diejenigen, die Demokraten hätten sein müssen, aber es doch nicht waren.*

Alles, was eine einige Arbeiterklasse hätte vermeiden können, ist nun eingetreten. Jetzt kann man eine Einheitspartei nicht damit schaffen, daß man zur Plattform eine Geschichtsfälschung nimmt, welche die notwendige Erkenntnis unmöglich macht. Jetzt kann man keine Einheitspartei im Stile der „Kuomintang" bilden, deren einzelne Flügel nachher gegeneinander zu Felde ziehen. Nachdem die Kommunisten in den entscheidenden Periode der Etablierung der Republik und des Kampfes mit dem Faschismus die Situation grundlegend verkannt haben, wäre es falsch, ihren Führungsanspruch in dieser Periode des Kampfes um das nackte Leben anzuerkennen.

Daran ändert nichts, daß die K.P. aus ihrer Feindschaft gegen die Koalitionspolitik jetzt in eine förmliche Koalierungswut verfallen ist und sich mit allem und jedem verbrüdern möchte. Das geht so weit, daß in dem Aufruf der K.P. vom 11. 6. 1945 nicht einmal die Worte „Klassenkampf" und „Arbeiterklasse" zu finden sind[14]. In dem Aufruf der hannoverschen Kommunisten heißt es sogar „Wir Kommunisten — die Partei des Volkes — die Partei der aufbauwilligen Kräfte"[15]. Eine Partei ist aber nicht so demokratisch, wie die

10 Der 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale fand vom 17. Juli bis 1. September 1928, der 7. und letzte vom 25. Juli bis 20. August 1935 statt, vgl. GdA, Chronik III, S. 222—224, 351—352; J. Braunthal Bd. 2, S. 357—360, 491—496. Zur Politik der Komintern während der Jahre 1939 bis 1941, d. h. zwischen dem Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffpaktes und dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion, vgl. J. Braunthal, Bd. 2, S. 515—544.

11 Zur Rede von Pieck am 19. 9. 1945 in Berlin vgl. Einleitung B 1, Anm. 76.

12 Georgi M. *Dimitroff* (1882—1949) war Mitbegründer der bulgarischen KP. In den 20er und 30er Jahren wirkte er in verschiedenen Zentren der europäischen Arbeiterbewegung. Von 1935—1943 war er Generalsekretär der Komintern.

13 Über die auf dem 6. Weltkongreß begonnene und dann auf den Ekki-Tagungen bis 1932 verstärkt fortgesetzte Brandmarkung der Sozialdemokraten als „Sozialimperialisten" und als „Sozialfaschisten" vgl. J. Braunthal, Bd. 2, S. 360 und 397.

14 Zur Auseinandersetzung Schumachers mit dem Aufruf der KPD vom 11. 6. 1945 vgl. a. Dok. I, 3, S. 278—280.

15 Über das „Aktionsprogramm" der Hannoverschen Kommunistischen Partei, das am 8. 8. 1945 zusammen mit einem ersten Parteilizensierungsantrag bei der dortigen Militärregierung eingereicht wurde und das mit dem ZK-Aufruf vom 11. Juni inhaltlich übereinstimmte, vgl. U. Schröder, Der Ausschuß für Wiederaufbau und die antifaschistische Bewegung in Hannover, in: Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976, S. 501 f.

Worte ihres Programms behaupten, sondern nur so demokratisch, wie ihre Grundideen und ihr Aufbau. Und die sind nach wie vor diktatorisch. Darüber hilft kein Lippenbekenntnis zur Demokratie hinweg, besonders dann nicht, wenn im Aufruf vom 11. 6. 1945 davon die Rede ist, daß man „unter den gegenwärtigen Verhältnissen" dem deutschen Volke nicht das Sowjetsystem aufzwingen wolle, oder wenn in dem Funktionärmaterial „Strategie und Taktik nach dem VII. Weltkongreß" davon die Rede ist, daß das Ziel die „Diktatur des Proletariats" bleibe. Die Schulungsbriefe und das sonstige Funktionärmaterial der K.P.D. beschäftigen sich fast ausnahmslos mit dem Thema Sozialdemokratie, soweit sie sich nicht mit den eigenen Verfehlungen abgeben. Das bringt die kommunistischen Anfänger in die Gefahr, über kurz oder lang in eben dieser Sozialdemokratie nach altem Muster den Hauptfeind zu sehen. In allen Ländern erleben wir darum auch, daß die sozialistische und die kommunistische Partei ideologisch und organisatorisch selbständig bleiben. Aber dieser Umstand, daß die politischen Gegebenheiten wie die Verschiedenartigkeit der Grundsätze in der gegenwärtigen Epoche die Vereinigung der deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten nicht gestattet, ändert nichts an unserem *Willen zur sachlichen Zusammenarbeit mit den Kommunisten in allen praktischen Fragen.* Das gleiche gilt aber auch für die anderen zugelassenen und damit als demokratisch anerkannten Parteien.

Jetzt sehen wir nur eine Möglichkeit, *jetzt gibt es als Einheitspartei des arbeitenden Volkes nur die SPD.* Der Weg für die Massen zu dieser Partei ist eine gute sozialdemokratische Politik. Die Hindernisse liegen in dem ungeheuren Trümmerfeld der Hinterlassenschaft des Hitler-Regimes. Wir müssen den Massen beibringen, daß es die objektiven, von uns nicht beeinflußbaren Verhältnisse sind, über die keine deutsche Politik einfach hinweggehen kann.

Zusammenarbeit, Konzentration, Sammlung aller aufbauwilligen Kräfte heißt die Parole. Konzentration bedeutet aber nicht Harmonieduselei. Der Kampf mit dem Besitz um die Lastenverteilung ist unabwendbar. Aber die größtmögliche Zusammenfassung ist schon deswegen notwendig, weil ein Teil des Volkes durch seine starke Belastung mit der Vergangenheit zu diesem Werk untauglich ist und weil der außenpolitische Druck die Koalition erfordert.

Hier haben alle Parteien ein riesiges Arbeitsfeld vor sich. Man darf bei der Frage der Schuld so vieler Deutscher nicht übersehen, daß auch diese verwilderte und vom Hitlerismus zersetzte Generation nicht alleinschuldig ist, sondern daß sich in ihr die Schuld von vielen Generationen ausdrückt. Otto Bauer[16] sagte einmal: „Das Nationale in uns ist das Historische." Es sind mehr

16 Otto *Bauer* (1881—1938) war einer der führenden Repräsentanten des Austromarxismus und 1926 Hauptverfasser des Programms der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Er starb in der Emigration in Paris.

als dreihundert Jahre deutscher Geschichte, einer Fürsten-, Militär- und Beamtengeschichte, es ist die dadurch hervorgerufene Verspätung der deutschen Einheit mit ihren reaktionären militaristischen und imperialistischen Konsequenzen, es ist ein schon lange vorhandenes Weltbild, das vom Nazismus erst bis zur letzten Konsequenz entwickelt und pervertiert worden ist. Wenn jetzt im Zusammenbruch[17] nirgends der Größe der Niedertracht die Stärke des Charakters entspricht, wenn niemand Nazi gewesen sein will, dann haben wir das eigentliche Ergebnis der Erziehung durch den Nazismus. Der Massenstaat hat zur natürlichen Folge, daß die Verlogenheit und der Egoismus seiner führenden Garnitur die Demoralisierung des Volkes erzeugt. Wenn überhaupt noch etwas wunderbar in Deutschland ist, dann ist es die Tatsache, daß es nach zwölf Jahren Nazismus noch so viel anständige und gutwillige Menschen gibt.

Dieses Volk braucht den großen Anschauungsunterricht, daß jedem Verbrechen seine Sühne folgt. Die kriminellen Naziverbrecher und die an dieser Politik Schuldigen müssen bis zur Vernichtung verfolgt werden. Aber den anderen muß geholfen werden. Sie müssen eingeordnet werden in das große Geschehen der Nation und der Welt. Bei der Festsetzung der Reihenfolge der Hilfe werden sie freilich hinter den Nazifeinden zurücktreten müssen.

Jetzt breitet sich eine Woge von Verdrossenheit an der Politik aus. Aber dieser Mangel an gutem Willen ist die beste Kennzeichnung derjenigen, die schuldig sind und sich nicht schuldig fühlen wollen. Bei allen, die sich jetzt von der Politik enttäuscht abwenden, kann man nur bedauern, daß sie sich schon vor 1933 nicht von der Politik ferngehalten haben. Wir glauben, daß nur deswegen, weil die Nazis und die Reaktionäre von der geschichtlichen Entwicklung ausgeschieden sind, bei vielen Leuten diese Unwilligkeit und die Neigung zur Abstinenz an den Tag tritt. Wenn es heute gegen die Sozialdemokratie ginge, würden sie gleich wieder sehr viel von der Politik und ihrem Wert halten.

Ohne Einkehr, ohne Scham und ohne Reue stehen diese Menschen jetzt an den Trümmern des von ihnen selbst zerstörten Vaterlandes. Sie denken nur an sich und ihre persönlichen Interessen. Gleichgültig stehen sie neben dem Unglück [der][18] Menschen, das sie leichtfertig heraufbeschworen haben. Ganz verlassen und arm ist eine *Jugend,* die nichts gekannt hat als das, was man ihr in der Hitlerjugend beigebracht. Sie ist resigniert und mutlos. Für sie ist die Welt grau in grau. Dieser Jugend müssen wir uns annehmen. Wir müssen ihr sagen, daß wir ihre Mitarbeit brauchen, daß es in ihrer Hand liegt,

17 Die Fortsetzung dieses und der Beginn des folgenden Satzes (bis: „. . . natürlichen Folge") fehlen in der Druckvorlage, sie wurden nach der Broschüre (S. 16) ergänzt.

18 In der Druckvorlage (S. 10) und der Broschüre (S. 16): „ihrer".

daß ihr Leben wieder Freude und Aussicht bekommt, daß die Deutschen keine Nation ohne Zukunft zu sein brauchen.

Wenn wir denjenigen Nazis, die sich dessen bewußt waren, was sie taten, auch ihre persönlichen Bürgerrecht belassen, die Staatsbürgerrechte können wir ihnen zur Zeit noch nicht ohne Umkehr und Bewährung zubilligen. Die Nazis appellieren jetzt an die Toleranz, um bei Gelegenheit intolerant werden zu können. Wenn Beiräte gewählt werden sollen oder wir Vorschläge zu machen haben, müssen wir gegenüber der Militärregierung immer wieder darauf hinweisen, daß *alle Vertretungen des Volkes nur auf der Grundlage der Parteien* ausgewählt werden können. Wenn in diesen Beiräten die Vertretungen aller möglichen Anschauungen und Interessen, diese Menge der Primitiven, angeblich Unpolitischen erscheinen, dann ersteht der Geist des Vielparteien-Systems, der Geist, der keine Verantwortung, sondern nur sich selbst kennt, zu neuem Leben. Aus der besonderen Geisteshaltung der verflossenen „Wirtschaftspartei" und der „Kaninchenzuchtvereine" kann ein neues Deutschland nicht erbaut werden. In erster Linie wird man auf die Kräfte der nazifeindlichen Elemente angewiesen sein.

Überall macht sich in dem schnellen Tempo der „weltrevolutionären" Entwicklung die *Tendenz* bemerkbar, *von der Verwaltung zum, wenn auch kontrollierten, Regieren* zu kommen. Die Besatzungsmächte haben dabei viel Einsicht gezeigt. Es ist unmöglich, mit Vereinsmeiern und Interessenpolitikern, mit den relativen Demokraten des Bürgertums, mit Mattigkeit und Hilflosigkeit die Dinge zu ändern und die Zukunft zu gestalten. Die unguten bürokratischen Traditionen, die angemaßte Überparteilichkeit, sie sind in Wahrheit eine Parteilichkeit gegen die aufbaubereite deutsche Linke.

Die *Auswahl der politischen Beamten* ist zur Zeit ein wichtigeres Kapitel als früher. Sie erfolgt heute ohne Kontrolle der breiten deutschen Öffentlichkeit, nicht als Resultat der großen Auseinandersetzungen der Klassen und der politischen Parteien in den Parlamenten, sondern ist von vielen Zufälligkeiten und lokalen Situationen abhängig. Wenn erst einmal die maßgebenden Leute in der Verwaltung von dem Vertrauen gewählter politischer Körperschaften abhängig sind, wird sich vieles ändern und vereinfachen. Wir wissen, daß ein Mann unseres Vertrauens in einer hohen Stellung des Gemeinwesens nicht nur unser Mann sein kann. Aber wir wissen auch, daß er nach dem Willen der Besatzungsmächte in diese Stellung gekommen ist, weil er in unseren Reihen gewachsen, mit unserem Geist erfüllt ist. Wenn ein solcher Mann auch der Allgemeinheit gehört und wir dementsprechend nicht daran denken, ihm in die Einzelheiten seiner Verwaltung hineinzureden, so wissen wir doch, daß die Besatzungsbehörden den Sozialdemokraten gewollt haben, nicht den Parteimann im engeren Sinne, sondern den Mann, dem sie die Gestaltung der Zukunft im Geiste des neuen Aufbaus und mit der Kraft eines Menschen zutrauen, der in seiner politischen Partei gelernt hat, daß es nicht darauf ankommt, die Welt verschieden zu interpretieren, sondern zu verändern.

So wird *die Sozialdemokratische Partei zur schicksalentscheidenden Kraft der deutschen Politik.* Bewährt sie sich in diesen schweren Zeiten, dann ist die erste Voraussetzung zum Aufstieg gegeben. Durch *die Neuheit der Bedingungen wird auch in dieser Partei vieles neu werden.* Auch für uns gilt der Satz, daß wir nicht da anknüpfen können, wo wir 1933 aufgehört haben. Auch wir werden unser theoretisches Rüstzeug und unsere politischen Methoden überprüfen müssen und im Zeitalter moderner geistiger Waffen manche alte Streitaxt und manchen eingestaubten Morgenstern in die Ecke stellen müssen. Dafür gilt es, vieles neu zu erkennen und vieles neu zu leisten. Dabei haben wir eine große Hilfe. Alle geistigen Menschen haben in der Periode des Naziregimes ein enges und kümmerliches Dasein geführt, und jetzt können sie in dem überalterten bürgerlichen Parteiensystem der Interessenvertretungen keinen passenden Platz finden. Die *Geistigen [und die Menschen von kulturellem Verantwortungsbewußtsein]*[19] *sind politisch heimatlos geworden.* Manches Vorurteil gegen die Sozialdemokratie ist gefallen, wie denn überhaupt die Sozialdemokratie eigentlich nie selber darunter gelitten hat, was sie war und tat, sondern unter dem, was die bürgerliche Propaganda aus ihr gemacht hatte. Jetzt dämmert das Verständnis dafür auf, daß die *Sozialdemokratie die Rolle der Persönlichkeit positiv zu werten verstanden hat.* Wir haben die Persönlichkeit nie verneint. Sie ist der wesentliche Bestandteil der Menschheitsrechte, die wir vom Liberalismus übernommen haben und die Jahrzehnte hindurch nur noch in unseren Reihen als unvergängliche Werte empfunden worden sind. Im Kapitalismus ist die Persönlichkeit zur bloßen Fiktion geworden. Wir wollen sie real werden lassen durch die ökonomische Befreiung als die Voraussetzung ihrer Entfaltung.

Eine solche *Partei* muß viele *Wohnungen für viele Arten von Menschen* kennen. Unverzichtbar ist für sie nur der Wille ihrer Mitglieder, Sozialist, Demokrat und Träger der Friedensidee zu sein. Darüber hinaus kann für uns der Wert des Sozialdemokraten nicht durch das Motiv [bestimmt werden][20], aus dem heraus er zu uns gekommen ist. Mag der Geist des Kommunistischen Manifestes oder der Geist der Bergpredigt, mögen die Erkenntnisse rationalistischer oder sonst irgend welchen philosophischen Denkens ihn bestimmt haben, oder mögen es Motive der Moral sein, für jeden, die Motive seiner Überzeugung und deren Verkündung ist Platz in unserer Partei. Deren geistige Einheit wird dadurch nicht erschüttert.

Die Einheit der Sozialdemokratischen Partei im nationalen Rahmen ist uns ebenso wert wie die Reichseinheit. Aber die Einheit des Reiches lebt zur Zeit nur als Idee, denn Deutschland zerfällt in verschiedene Besatzungszonen.

---

19 Ergänzung nach dem Abdruck in der Broschüre (S. 18).
20 Nach dem Abdruck in der Broschüre (S. 18), in der Druckvorlage „sein" (S. 11).

Wohl zeichnen sich die ersten Möglichkeiten von Zusammenfassungen ab, aber ein einheitliches Reich haben wir erst, wenn nicht nur die wirtschaftlichen, sondern vor allem die politischen Kräfte durch eine zentrale Reichsregierung repräsentiert werden. So unmöglich, wie es bis dahin ist, Deutschland von einer der Besatzungszonen und unter ihrem Gesichtswinkel zu regieren, so unmöglich ist es auch, die Sozialdemokratische Partei als Ganzes zentral von Berlin aus zu leiten. Wir können nicht die Verfügung über die Sozialdemokratische Partei und ihre Anhängerschaft von den besonderen Bedingungen und Voraussetzungen einer einzelnen Besatzungszone abhängig machen. Das wäre bei der Empfindlichkeit der komplizierten internationalen Situation und bei den gefährlichen Möglichkeiten, die in ihr enthalten sind, eine unzulässige und parteiliche Bedrohung des Gleichgewichts und des Ausgleichs.

Geistig und politisch handeln und leben wir aus der *Vorstellung einer einheitlichen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.* Die derzeitige Unmöglichkeit, sie praktisch so zu führen und zu verwalten, treibt uns nicht dazu, irgend etwas zu unternehmen, was die regionale Aufspaltung verstärken könnte. Wenn wir den Zentralausschuß in Berlin auch nur als maßgebend für die östliche Besatzungszone ansehen können, so wollen wir auch für die westlichen Zonen keinen Parteivorstand etablieren. Es gibt zur Zeit überhaupt keinen Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf deutschem Boden, wenn wir auch die Mandate der Persönlichkeiten in der Emigration anerkennen. Wir betreiben in den Westzonen nichts als die Zusammenfassung der politischen Kräfte im Sinne einer Vereinheitlichung, einer Angleichung und einer grundsätzlichen und taktischen Richtungweisung. *Wir warten auf den Tag, an dem in einem einheitlichen Deutschen Reich die Vertreter aller Besatzungszonen zusammen mit den Führern der Emigration den großen deutschen Parteitag abhalten.* Bis dahin fühlen wir uns als Angehörige einer in sich einigen großen Sozialdemokratischen Partei, stellen alles darauf ab, diese Einigkeit zu fördern. Wir sind aber nicht in der Lage, die fundamentalen Tatsachen von heute einfach zu ignorieren, sondern ziehen aus ihnen die einzig möglichen Konsequenzen.

Dieser Zustand hindert uns nicht in unserem Bestreben, mit allen internationalen Faktoren in die notwendigen Gespräche zu kommen. Ob das im einzelnen Falle von Berlin oder von Hannover aus geschieht, ist nicht entscheidend. Unsere Grundsätze sind in allen Gebieten dieselben. Und die Verschiedenheiten der materiellen Sorgen lassen sich von den Vertretern der verschiedenen Zonen wohl besser klarlegen.

Wir wissen, mit welchen Schwierigkeiten wir selbst in der *2. Internationale* zu rechnen haben. Wir ringen um die Anerkennung als deutsche Arbeiterbewegung, aber wir kommen nicht als Bittende. Wir kommen nur mit einer Forderung, und das ist die der gerechten und objektiven prüfung der Verhältnisse. Die Tatsachen der letzten zwölf Jahre sollen sprechen und die Leistungen all der Männer und Frauen, die auch auf verlorenem Posten weitergekämpft haben, aus ihrer inneren Verpflichtung heraus, die sie gegenüber der Idee des Sozialismus empfanden. Vor den Tatsachen wird auch das Gespenst des „Vansittartismus" weichen müssen. Das Eine möchte ich schon heute aussprechen: Die deutsche Arbeiterklasse braucht in ihrem opferreichen Kampf gegen den Nazismus den Vergleich mit keiner Arbeiterklasse der Welt zu scheuen. Wenn man uns auf bewaffnete Aufstände in den von den Naziarmeen besetzten Gebieten hinweist, dann antworten wir, daß diese Parallelen sinnlos sind. Hinter den Aufständischen dort stand fast das gesamte Volk. Sie hatten eine nationale Mission zu erfüllen. Die Durchsetzung Deutschlands mit dem Nazismus, die Engmaschigkeit des Netzes der Gestapo, die die Deutschen auf der Straße, im Betrieb und in der Familie zu spüren bekamen, läßt keinen Vergleich zwischen deutschen und anderen Verhältnissen zu. Wir können uns nicht vorstellen, daß eine Arbeiterklasse, ohne die der Sozialismus in seiner heutigen Gestalt nicht denkbar ist, zusammen mit den Schuldigen einfach im Abgrund verschwinden soll.

Wir haben zu unserem Werk wenig Hilfsmittel, aber wir haben noch immer gute und zukunftsgläubige Menschen, und wir haben eins gelernt: Wir haben in der Vergangenheit zu viel Scharfsinn und Energie darauf verwandt, um nachzuweisen, daß etwas nicht geht. Jetzt werden wir alles, was wir haben, darauf verwenden, um zu beweisen, daß *unser großes Vorhaben doch möglich ist!*